

Rede des FDP-Bezirksverordneten Wolfgang Heedt zum Haushalt und zum Klimaplan anlässlich der Sitzung der Bezirksvertretung Bad Godesberg am 01.03.2023. Es gilt das gesprochene Wort.

Als Vater von vier Kindern habe ich mich **intensiv** mit dieser Stoffsammlung alias Klimaplan befasst. Ich verfüge über mehr als 20 Jahre Erfahrung in der Umsetzung von Planungen in der mittelständischen Industrie sowie in internationalen Konzernen.

Ich ging davon aus, dass bei der Planung die üblichen Kriterien für Planungsprozesse angewendet worden wären, wie

- **Evidenz**
- **Effektivität**
- **Effizienz**

und dass genügend Parameter erarbeitet worden wären, um während der Umsetzung anhand von Strategischem Controlling laufend messen zu können, ob die Maßnahmen im Ziel-, Zeit- und Kostenrahmen liegen.

Aber überall Fehlanzeige.

Und eigentlich sollte man annehmen, dass bei der ganzen Planerei so etwas wie eine Prioritätenliste entstanden sein sollte, bei der die Möglichkeiten zur CO2-Einsparung in eine Rangordnung gebracht worden wären nach:

- **Größe der erzielbaren CO2-Einsparung**
- **Maximierung der CO2-Einsparung pro eingesetztem Euro**
- **Schnelligkeit der Umsetzung.**

Vereinfacht ausgedrückt:

Jeder normale Mensch pflückt zuerst die leicht erreichbaren Früchte.

Als solche betrachten wir Freien Demokraten die Montage von Photovoltaik auf kommunalen Dächern, was wir schon vor drei Jahren gefordert haben. Die Stadt verfügt mit Ihrem Konzern über 1.035 Dächer.

Doch seit 6 Monaten ist die Verwaltung die Antwort auf eine Große Anfrage der FDP vom September 2022 schuldig, welches Potenzial für PV auf eben diesen 1.035 Dächern zu finden ist. Eigentlich hatte ich erwartet, diese Zahlen, Objekt für Objekt, in dieser Stoffsammlung vorzufinden.

Über das seit Jahren auf der Homepage der Stadt zugängliche Bonner Solardachkataster hätte ein Azubi in der Verwaltung diese Zahlen in längstens einer Woche aufaddieren können.

6 Monate, in denen nichts geschehen ist, ich muss es wiederholen.

Passt das zu der Dringlichkeit, die uns jeden Tag auf allen Kanälen entgegenschallt?

Die Stoffsammlung spricht für Bonn sehr global von einem Potenzial für Photovoltaik von 800 MWp auf sämtlichen Dächern und 200 MWp Freiflächenpotenzial, also in der Summe 1 GWp. Das LANUV hingegen geht von 807 MWp für Bonn aus. Was ist denn jetzt richtig? Warum wird so etwas nicht sauber recherchiert?

Und hat sich irgendwer bereits Gedanken gemacht, woher die Zahl von 200 MWp Freiflächenpotenzial kommt und wo die nötigen Freiflächen auf Bonner Grund zu finden sein sollen? Wir sprechen immerhin von einem Flächenbedarf von 200 – 300 ha, je nach Konfiguration der Kraftwerke oder umgerechnet der Fläche von 280 – 420 Fußballfeldern nach FIFA-Norm.

In der Stoffsammlung ist eine solche **Faktenschwäche leider die Regel.**

Und darum eignet sie sich auch nicht als „Fahrplan“, wie die OB in Ihrem Vorwort behauptet. Da geht es bei der Deutschen Bahn mit all ihren Schwächen eindeutig präziser zu.

Beispiele:

- 40 Maßnahmen, die uns alle zusammen bis 2035 64 Millionen Euro und im Haushaltsplan 2023/2024 10,4 Millionen Euro kosten sollen, haben keinen Beleg zur CO2-Einsparung, Stoffsammlung sagt hierzu nur n.q., nicht quantifizierbar.
- Es wird von einer Sanierungsquote von 4% im Gebäudebestand ausgegangen, wohingegen selbst große Handwerksbetriebe schon bei einer aktuellen Sanierungsquote von 1% am Anschlag sind
- Statistische Potenzialerhebungen, die Basics für z.B. verkehrspolitische Entscheidungen, fehlen oder sind nicht aktuell
- Zielgruppen sind nicht hinreichend präzise definiert
- Wenn Zahlen zur CO2-Einsparung genannt werden, dann nur auf Jahresbasis und ohne Berücksichtigung der Zeiten für den Vor- und Hochlauf, was, wie eigentlich jedes Kind weiß, nicht der Realität entspricht
- Es wird Geld für Förderprogramme verplant, was nicht erforderlich ist, weil mittlerweile die Interessenten bei den Solarbauern Schlange stehen
- Rechenwege sind nicht aufgeführt oder intransparent
- An bedürftige Menschen sollen Balkonkraftwerke begünstigt abgegeben oder verschenkt werden. Glück hat der dabei, der einen Balkon nach Süden oder Südwesten hat. Der Nachbar im gleichen Haus auf der gleichen Etage schaut mit seinem Ostbalkon in die Röhre. Ist das sozial gerecht?

Ehrlich gesagt: **Ich bin erschüttert!**

Ich will jetzt nicht die ganze Rede mit den Schwächen der Stoffsammlung füllen. Aber unsere 28 konstruktiven Änderungsanträge und 10 Großen Anfragen im Ausschuss für Klima und Lokale Agenda sprechen für sich.

Sie alle zielen darauf ab, dieser Stoffsammlung erst einmal ansatzweise die Substanz zu verleihen, die sie benötigt, um zu einem echten und umsetzungsreifen Klimaplan zu werden.

Man merkt der Stoffsammlung einfach an, dass sie rechtzeitig zur Berufung der OB in den Sachverständigenrat für Umweltfragen auf die Schnelle zusammengezimmert wurde, um seitdem als scheinheilige Monstranz herumgetragen zu werden.

Ich komme zurück auf meine Verantwortung als Vater und den in Aufstellung befindlichen Haushalt 2023/2024.

Was uns da für 50 Millionen Euro angeboten wird, ist bei wohlwollendster Betrachtung, nach genauer Analyse der Steckbriefe und unter Berücksichtigung von Vor- und Hochlaufzeiten eine CO2-Einsparung von gerade einmal 20 Kilotonnen, wenn überhaupt.

Weil aber auf Grund der Ausgabenfreudigkeit der Koalition 2026 das nächste Haushaltssicherungskonzept bereits vor der Tür steht, müssen wir heute das Geld sehr gezielt so einsetzen, dass wir hierfür ein Maximum an CO2-Einsparung erhalten.

Wir als Freie Demokraten schlagen daher vor, die 50 Millionen einzig und allein investiv einzusetzen, für Photovoltaik auf kommunalen Gebäuden oder für die Investition in eine Windturbine auf See, die auch über den Zeitpunkt 2035 hinaus zuverlässig CO2 einsparen würden.

Wir setzen den 20 Kilotonnen der Koalition also 33 Kilotonnen CO2-Einsparung bei Photovoltaik bzw. 45 Kilotonnen bei der Windturbine entgegen, und das zudem physikalisch messbar und gleichzeitig das Anlagevermögen der Stadt steigernd.

Was auch noch erwähnenswert ist:

Zur Berechnung des CO2-Restbudgets der Stadt Bonn bis 2035 in Höhe von 15.700 Kilotonnen wurde die BSKO-Methodik herangezogen. BSKO, also die Bilanzierungssystematik Kommunal, ist allerdings weit entfernt von der Allgemeingültigkeit einer Norm im Sinne von DIN, EN oder ISO, auch repräsentiert sie in keiner Weise den Stand der Technik.

Gedanklich stülpt BSKO über die Stadtgrenzen Bonns eine 900 Meter hohe Käseglocke und erfasst alles, was darunter an CO2 erzeugt wird.

Was aber genau erfasst wird, also die Input-Daten, die aus Bonn dort hineingeflossen sind und wie mit diesen weiter gerechnet wird, dazu sagt die Stoffsammlung nichts.

Es handelt sich für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt um eine nicht überprüfbare Black Box.

Aber:

Die Bonner Bürgerinnen und Bürger werden mittels BSKO in Haftung genommen für Transitverkehre auf Schienen, Autobahnen und der Bundeswasserstraße Rhein und sollen deren CO2-Output durch CO2-Einsparung innerhalb des Stadtgebietes ausgleichen.

Selbst das Umweltbundesamt erkennt Schwächen in der Methodik.

Jetzt übertragen Sie alle einmal diese Methodik auf die Gemeinde Neustadt (Wied), jeder ist schon einmal daran vorbeigefahren: 6.544 Einwohner, aber im Gemeindegebiet 16 Kilometer A3 und 16 Kilometer ICE-Schnellfahrstrecke. **Finde den Fehler!**

Was hat die Stoffsammlung sonst noch zu bieten:

Der Veggie-Day ist ansatzweise zurück, etwas anders verpackt unter dem Deckmäntelchen „Schulische Klima-Bildung zu Ernährung, Konsum und klimaschonendem Verhalten“.

Was ich nicht verstehe: In der Generation Fridays for Future, die sich hauptsächlich aus Schülerinnen und Schülern rekrutiert, sollte der Respekt vor Klima und Umwelt doch selbstverständlich sein und nicht mehr gelehrt werden müssen, **oder?**

Ich mag ja ein „alter weißer Mann“ sein, aber das habe ich meinen Kindern, beginnend mit dem ersten, 1984 Geborenen immer schon beigebracht und sie setzen es um.

Wer soll denn da über dieses Programm alimentiert werden?

Ganz absurd wird es dann, wenn im Steckbrief festgestellt wird: „Die Stadt Bonn, vertreten durch das Schulamt, hat keine direkten Handlungspotenziale, Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Schulen verpflichtend einzuführen.“

Im Übrigen:

Wer soll denn da auf die Kinder losgelassen werden?

Jeder, der eine Sonnenblume halten kann oder weiß, was eine Fahrradspeiche ist? Qualifizierte Personen können es nicht sein, denn wir haben bekanntlich Lehrer- und Fachkräftemangel.

Ich kann den Eltern nur zurufen: Schaut genau hin!

Und das Beste kommt noch: Für diese unverbindliche Initiative rechnet sich die Stoffsammlung eine CO2-Einsparung von 3,9 Kilotonnen pro Jahr an bei einem finanziellen Aufwand von 1,15 Millionen Euro.

Ich komme nun zum Ende meiner Rede:

Nach sorgfältiger und ins Detail gehender Analyse gelangen wir zu dem Schluss, dass in der Stoffsammlung

- nach 18 Monaten Ausarbeitungszeit,
- nach Einrichtung eines eine Million Euro pro Jahr kostenden Programmmanagements und
- trotz Bemühung von drei wissenschaftlichen Instituten

nicht umsetzungsreif auf die Dringlichkeit der Abwehr der Klimafolgen eingegangen wird.

Statt schnell „Meter zu machen“ verzetteln sich Aktivitäten in Bereichen, die an Komplexität nicht zu überbieten sind, wie in der Entwicklung von energetischen Quartierslösungen oder Lösungen für Wohnungseigentümergeinschaften.

Daher noch einmal unser Apell:

Lassen sie uns erst einmal die tiefhängenden Früchte in Form der Photovoltaik auf kommunalen Dächern oder einer Windturbine ernten. Damit hätten wir in den nächsten zwei Haushaltsjahren mehr als genug zu tun.

Und währenddessen könnte die Stoffsammlung zum echten Klimaplan reifen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.